

...mein Beitrag bezieht sich auch auf die Beiträge „Ein nachhaltiges Wochenende“ und „Eine Schande für Deutschland?!“ im Heft 6/2005.

Eine Räuberpistole aus Sachsen-Anhalt

Karl Groß, IGB, 39291 Möckern/Riesdorf

Noch hat man nicht davon gehört, daß ein Kulturbürger, von Zynikern zum Äußersten getrieben, mit der Pistole in der Hand Personen aufgelauert hat, die Kultur sagen, wenn sie Geschäft meinen. Aber es ist nicht undenkbar, daß doch eines Tages ein Idealist, der die Sprüche bemühter Kulturfunktionäre zu ernst genommen hat, sein mißachtetes Bemühen um die Erhaltung eines alten Hauses schließlich als Desperado beendet. Der Verzweifelte würde vielleicht darauf verfallen, seine Tätigkeit an die Landstraße zu verlegen, um nun hier mit dem Ruf „Geld oder Leben“ die ihm verweigerte Unterstützung einzufordern. Natürlich würde ihm auch ein Mord nichts nützen. Aber die Presse hätte Sensationelles aus dem Bereich Kultur zu berichten. Man würde von einem Menschen lesen, der ein braver Staatsbürger hätte bleiben können, wenn er nicht auf die Idee verfallen wäre, ein heruntergekommenes Haus, das längst hätte abgerissen werden sollen, instandzusetzen. Staunend würde das Publikum zur Kenntnis nehmen, daß der absonderliche Zeitgenosse auch noch überzeugt war, eine kulturelle Aufgabe zu übernehmen, bei der er öffentliche Unterstützung erwarten durfte! Man wird anfangs nicht recht begreifen, warum er zum Verbrecher wurde. Erst wenn man erfahren hat, daß der Mann die Ratschläge kompetenter Leute in den Wind schlug und eine Ruine mit den eigenen Händen wieder aufbauen wollte, wird man allgemein überzeugt sein, daß es mit dem Verrückten ein böses Ende nehmen mußte! Denn wie kann ein verständiger Mensch seine bescheidenen Mittel für ein Ziel einsetzen, das Fachleute längst als Unsinn verworfen haben?! Urteile von Fachleuten anzuzweifeln oder gar Amtspersonen anzugreifen, galt in Deutschland schon immer als todeswürdiges Verbrechen. Es wäre also mal wieder ein Exempel zu statuieren! Mit ein bißchen Phantasie könnte man sich das Ende der Story in Osterwieck vorstellen, wo man das reiche Vorhandensein alten Holzes nutzen könnte, um den gefährlichen Sonderling öffentlich zu verbrennen. So ein Autodafé wäre ein Ereignis, das der Staatsräson dienen und die Vertreter der Handwerkskammer ebenso wie bestallte Denkmalschützer bestens unterhalten würde. Und seine Wirkung als Touristenmagnet wäre gar nicht zu überschätzen!

Natürlich ist das eine erfundene Schauergeschichte, die mit der Wirklichkeit noch nichts zu tun hat. Das erkennt jeder Spaziergänger, der sich in Osterwieck oder anderswo an den hübschen Fassaden freut. Niemand wird gezwungen in die Winkel zu schauen! Doch wer neben seinen Augen auch dem Verstand Unangenehmes zumutet, wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen Verfall und dem Wertesystem der Gesellschaft. Das galt für die DDR, wie es für die BRD richtig ist. Bei der großartig begonnenen Sanierung der heruntergekommenen

Kulturlandschaften Ostdeutschland lernten die neuen Verwaltungen bald, nicht zu kleckern, sondern zu klotzen! Wer wollte sich da mit unbedeutendem Kleinkram aufhalten?! Den Vertretern des großen Stils dürfte es auch heute noch wie ein alberner Rückfall ins Mittelalter vorkommen, wenn jemand, Fördergeld hin oder her, antritt, ein Haus mit der eigenen Hände Arbeit zu sanieren. Jedem der das System verstanden hat, gilt als selbstverständlich, daß man Eigentümern historischer Objekte den Erhalt ihrer Häuser mit Geld schmackhaft machen muß! Seit dem Fördermittel knapp werden, zeigt sich aber noch eine andere „Selbstverständlichkeit“: nämlich fallen zu lassen, was ohne Fördermittel nur Last ist. Dome und Schlösser sehen nicht wie Steinbrüche aus, weil Deutschland sich nicht leisten kann, seinen Ruf als Kulturnation zu verlieren. Welch Glück, daß die Welt nicht in die Winkel schaut! – Pikiert wird jetzt mancher bemühte Sanierungsangestellte darauf verweisen, daß staatliche Institutionen, private Stiftungen und honorige Spender schon Abermillionen „verbaut“ haben, um diese wichtige Kulturgüter zu erhalten. Ganz zu schweigen von den Anstrengungen, auch ländliche Strukturen und das lokale Handwerk mit dem flächendeckenden Einsatz formschlüssigen Betonpflasters und anderer hochwertiger Industrieprodukte zu sanieren. Es ist wahr, die Instandsetzung von Straßen und Wegen hat breite Anerkennung bei Autofahrern und Fußgängern gefunden. Doch langsam wie der fortschreitende Verfall anderer urbaner Bereiche, die sich nicht so ungeteilter Wertschätzung erfreuen, dringt ins Bewußtsein, daß der Ehrentitel „Kulturnation“ in Gefahr kommt. Darum wird versucht, die unseelige Verquickung von versiegenden Fördermitteln und verfallenden Kulturgütern, als das Wirken höherer Gewalt zu verkaufen. Dazu gehört die Behauptung, daß wichtige Objekte nur erhalten werden können, wenn man die unbedeutenden opfert. Denn jeder kann doch sehen, daß die Naturelemente zerstörend wirken und Gott, als Herrn über sie, – der eigentliche Urheber ihres Verfalls ist? – So weit kann man die bequeme Logik denn doch nicht treiben! Wo zum Beispiel die Instandhaltung kirchlicher Immobilien kaum mehr vom Staat zu fordern ist, möchte man gern dessen Patronatsaufgaben der Allgemeinheit als kulturelle Verpflichtung auferlegen. Doch besonders die ehrenamtlichen Bewahrer „unbedeutender“ Denkmäler haben sich bereits mit Aufgaben belastet, die mehr erfordern, als knappe Gelder zu verwalten. Sie haben mit dem Gerangel um Fördermittel höchstens noch als befremdete Zuschauer zu tun!

Bei seinem Besuch im hübschen Osterwieck wurde Dietrich Maschmeyer das Schauspiel einer Ketzerverbrennung noch nicht geboten. Aber an erregenden Eindrücken hat es offenbar nicht gemangelt. Als ich seinen Bericht las, erinnerte ich mich meiner eigenen, ein Jahrzehnt zurück liegender, Besuche in den Schein-Idyllen am Harz. Angesichts des Verfalls, den man in Nebengassen und Hinterhäusern damals wie heute sehen kann, hatte ich beschlossen, in Quedlinburg meinen persönlichen Beitrag zur Erhaltung gefährdeter Altbausubstanz anzubieten. Ich glaubte, daß das Angebot eines Leistungswilligen interessieren müßte, der bereit war, die behutsame, denkmalpflegerische Sanierung eines Hauses im Selbstbau zu übernehmen. Ich ging davon aus, daß allein mit der Beauftragung von Sanierungsfirmen die Gesamtaufgabe nicht zu lösen sein würde. Denn es war zu bezweifeln, daß dafür auf die Dauer genügend Fördermittel zur Verfügung gestellt werden würden. Ich meinte deshalb, es werde wohl als weniger wichtig eingestufte

Objekte geben, die man gern dem Engagement anderer überlassen würde. Mir kam die Idee, kleinere Objekte durch befähigte Selbstbauer bearbeiten zu lassen, naheliegend vor. Um die Probe aufs Exempel zu machen, setzte ich mich über eine Sanierungsfirma mit der Verwaltung der Stadt in Verbindung. Ich bekam Gelegenheit, mit einem Beauftragten einen Rundgang zu machen. Unter den Bauten, die dringender Maßnahmen bedurften, waren etliche, die mich interessiert hätten und deren Instandsetzung mit meinen Mitteln gut zu bewältigen gewesen wären. Ich habe also mein grundsätzliches Angebot konkretisiert. Es wurde aber bald deutlich, daß man kein Objekt für die von mir vorgeschlagene Bearbeitungsweise zur Verfügung stellen würde. Angeblich, weil das wegen ungeklärter Besitzverhältnisse grundsätzlich nicht möglich sei und man aus dem gleichen Grund vielfach selber dem Verfall wertvoller Substanz tatenlos zusehen müsse! Als ich mit diesem Bescheid im Hinterkopf Dietmar Fröhlichs Resümé zum Besuch der IGB-Spitze in Quedlinburg las, habe ich mich nach kurzem Zögern entschieden zu lachen. Denn ich fand es amüsant zu hören, daß neuerdings gutgläubigen Besuchern verkündet wird, daß man in Quedlinburg: ... alte Häuser ersteinmal übernehmen, vor weiterem Verfall sichern, dann nach Käufern und Nutzern suchen und später mit ihnen zusammen eine behutsame denkmalpflegerische Sanierung durchführen wolle! Die Botschaft hör' ich wohl ... - allein sie kommt mir irgendwie unglaublich vor! Sollte ich grundsätzliche Änderungen der Sanierungspolitik nicht mitbekommen haben? Oder ist jemand in der Lage mir zu bestätigen, daß man neuerdings Eigentümer zwingt, ihre Gebäude angemessen zu unterhalten; es keinen Poker mehr um Fördermittel gibt; das Verfallenlassen seines Hauses negative Konsequenzen hat und daß man so weit ist, Sanierungspotential außerhalb des Systems zu suchen? Leider kann ich keine erneute Probe aufs Exempel machen, weil ich mich längst andernorts engagiert habe. Aber ich bezweifle, daß man das Sanierungspotential von Selbstbauern erkannt hat. Die Absicht, meine Erfahrung anderen mitzuteilen, habe ich damals zu den Akten gelegt, weil der allgemeine Optimismus Kritik am System gar nicht zugelassen hätte. Inzwischen ist auch unser Vorsitzender einen Schritt weiter gegangen und nennt Verhältnisse wie in Osterwiek eine nationale Schande! - Das von ihm diplomatisch gesetzte Fragezeichen glaube ich mir hier schenken zu dürfen. Jedenfalls veranlaßte mich seine Artikelüberschrift, meinen Beitrag zum Thema nachzuliefern. Der wird mich dem Verdacht aussetzen, bloß nachtreten zu wolle; doch sei's drum! Ich nehme für mich das Recht in Anspruch, den Finger in die Wunde zu legen, weil meine Frau und ich ein realisiertes Sanierungsobjekt vorweisen können, das die Durchführbarkeit jenes Verfahrens beweist, das ich damals vorschlug und das ich schließlich anderswo erfolgreich angewendet habe. Sollte jemand in Sachsen-Anhalt heute ein Denkmal erwerben und es nicht für die Errichtung eines Supermarktes abreißen wollen, wird er praktisch ohne öffentliche Unterstützung auskommen müssen. Seinen Erfolg könnte er wohl nur noch an eigene Arbeitsleistungen knüpfen. Das heißt, die ehrenwerte Absicht, ein historisches Objekt instandzusetzen und es selbst zu bewohnen, kann ein Unvermögender nur noch verwirklichen, wenn er handwerklich fit ist, organisatorisches Talent hat und über sehr viel Zeit verfügt. Diese Voraussetzungen werden verfügbarer, je mehr Arbeitslose es gibt. Schon jetzt gibt es genügend talentierte und leistungswillige, die nur zu gern den Status des Almosenempfängers ablegen würden. Dieses Potential ließe

sich durchaus zur Instandsetzung zumindest kleinerer Profanbauten nutzen, wenn das politisch gewollt würde. Man könnte Planungs- und Organisationseinrichtungen beschäftigen, um geeignete Selbstbauobjekte auszuwählen, sie organisatorisch aufzubereiten und baufachlich zu begleiten. Der so vorzubereitende Einsatz befähigter Selbstbauer würde ein Großteil der üblichen Lohnkosten sparen. Die Sparmethode, Fremdkosten durch Eigenleistung abzulösen, ist nicht neu. Man hat sie schon immer angewendet, wenn Finanzmittel knapp waren oder ganz fehlten. Die Methode empfiehlt sich also für einen nicht geringen Teil jener Objekte, deren Verfall wir beklagen. Sie ist auf Bauten anwendbar, die mit rein handwerklichen Mitteln aus Naturbaumaterial errichtet worden sind und bestimmte Dimensionen nicht überschreiten. Die Sanierung solcher Häuser kann weniger als die Hälfte dessen kosten, was üblicherweise vom etablierten Handwerk für ihre Sanierung veranschlagt wird. Denn der Einsatz von Geldmitteln ließe sich weitgehend auf die Materialbeschaffung beschränken. Der Kreditbedarf ist vergleichsweise gering, umständliche Finanzierungsstrukturen nicht erforderlich. Die Beschaffung effektiver Sanierungsmittel für „unbedeutende“ Bauten zu gewinnen, ist vorläufig eine politische Aufgabe. Denn um fähige Selbstbauer für einen langjährigen Knochenjob zu gewinnen, müßte mit der Möglichkeit geworben werden können, den Haus- und Grundstückspreis komplett oder teilweise mit der eigenen Arbeitsleistung verrechnen zu können. Niedrig gehaltene Kaufpreise sollten dabei selbstverständlich sein. Wenn Städte und Gemeinden begännen, Objekte auszuloben, die unter solchen Umständen von Einzelnen oder von kleinen Werkgruppen mit vergleichsweise geringen Mitteln instandgesetzt werden können, hätte man sicher keinen Mangel an Bewerbern. Allerdings müßte man den Selbstbauern nicht nur günstige Bedingungen einräumen, sondern ihnen nach Erfüllung der festgelegten Sanierungsvorgaben das Arbeitsobjekt übereignen! Im Gegensatz zu der verbreiteten Praxis, befähigte Personen in Beschäftigungsprogrammen mit Tätigkeiten zu belasten, die mit keinerlei Wertschöpfung verbunden sind, würde hier die Möglichkeit geboten, originäres Wohneigentum zu erarbeiten.

Politiker neigen nicht gerade dazu neue Wege zu beschreiten; Der Mann mit den zwei linken Händen wird behaupten, daß es die beschriebenen Leute gar nicht gibt und die Handwerkskammern steigen auf die Barrikaden und werden tausend Gründe vorbringen, warum Eigenleistern kein Spielraum gegeben werden darf. Je mehr Handwerk eine Bauaufgabe erfordert, um so mehr behauptet man dort, daß das reine Spezialistenarbeit sei und Laien nicht gestattet werden kann, an Kulturgütern herum zu pfuschen. Dieser Logik folgend sind Selbstbauleistungen sehr bald aus dem Förderkatalog des Dorferneuerungsprogramms gestrichen worden! Es gilt ins Bewußtsein zu heben, daß gerade für die Sanierung der hier angesprochenen Objekte, Spezialistenleistungen nur in geringem Maße erforderlich sind. Man muß sich vergegenwärtigen, daß solche Häuser, besonders auf dem Land meist in nachbarschaftlicher Zusammenarbeit, im Scharwerk, entstanden sind. Auch wenn bestimmte Teile vom Zimmermann, Steinmetz oder Maurer gefertigt wurden, konnte doch der größte Teil der Ausführungsarbeiten von angelernten Laien erledigt werden. Ihre Arbeitsergebnisse, die wir bei den einfachen Bauten vor Augen haben, wollen jeden normal begabten Menschen ermutigen, selbst Steine zu setzen oder Gefache herzustellen.

Schon bevor ich mich in Quedlinburg bemühte, hatte ich mich vergeblich in anderen Städten, in Landgemeinden und bei der ev. Kirche nach passenden Objekten umgesehen ohne interessierte Partner zu finden. Schließlich fand ich mein Sanierungsprojekt zufällig in einem Bildband, der den morbiden Reiz verrottender Bauten in der DDR zum Inhalt hatte. Das kleine Feldsteinhaus, Teil eines ehemaligen Rittergutes östlich der Elbe bei Magdeburg, schien die Grundbedingungen für meinen Bauansatz zu erfüllen. In natura beeindruckte das Haus, das schon lange Ruine war, mit einer gewissen Ursprünglichkeit, die aber inzwischen auf kaum mehr, als die so genannte Kubatur bezogen werden konnte. Obwohl die Abbildung kaum ein Jahr alt war, waren in der Zwischenzeit Teile des Daches eingestürzt. Alle Deckenbalken hatte Fäulnis von den Seitenmauern abgetrennt. Praktisch das gesamte Holz im Haus war durch Fäulnis und Pilzbefall zerstört. Nur einige trocken gebliebene Innenwände, die dem Dachstuhl als Auflager dienten, hatten den Einsturz der maroden Kehlbalkenkonstruktion verhindert. In den Außenmauern waren Fensterstürze eingebrochen, Teile der Laibungen fehlten bereits. Unterhalb der offenen Dachbereiche waren große Teile der Lehmwindeldecke abgestürzt. Von Fenstern und Türen gab es nur noch Reste. Rauchfang und aufgehende Esse der Schwarzen Küchen zeigten klaffende Risse. Die Lebensuhr des Hauses war praktisch abgelaufen. Das Arbeitsziel bestand also darin, eine Ruine unter Denkmalsgesichtspunkten zu rekonstruieren und sie als Wohnhaus wieder nutzbar zu machen. Angesichts des Gebäudezustandes mußte ich mir die Frage stellen, ob meine wohl gelegentlich von Freunden ergänzte Arbeitsleistung und ein bescheidener Kredit genügen könnten, das Ziel zu erreichen. Denn ich würde alle Arbeiten selbst planen, organisieren und sie zum größten Teil auch selbst ausführen müssen. Es war klar, daß die Komplexität der Arbeit meine Freistellung von jeder anderen Tätigkeit erfordern würde. Und es würde nötig sein, über Geldmittel zu verfügen, die ich nach Bedarf für Material, Transporte und Hilfsmittel einsetzen konnte. Ein geeignetes Transportmittel mußte beschafft werden. Dem erschreckenden Aufwand stand nur der günstige Umstand gegenüber, daß der Steinhafen kaum etwas kosten dürfte. Für meine Freistellung und die Beschaffung der nötigen Mittel konnte nur meine Gattin sorgen. Die Realisierbarkeit des Projektes hing also davon ab, ob sie bereit sein würde, die Rahmenbedingungen für meine Arbeit zu schaffen. Wir besuchten die Ruine zusammen, um festzustellen, daß auch ihr das Projekt realisierbar erschien. Sie war bereit, 100.000 DM aufzunehmen und mir zur Verfügung zu stellen. Ich begann also meine Arbeit mit der Suche nach einer Bank, die bereit sein würde, die Summe ungeteilt und in vollem Umfang auszureichen. Nach etwa dem fünften Anlauf bei verschiedenen Kreditinstituten gelang das. Wie ich später erfahren habe, auch nur, weil der Banker uns gefühlsmäßig zutraute, daß wir das „verrückte“ Bauprojekt zu einem erfolgreichen Ende bringen würden. Meine Anfrage bei der Denkmalschutzbehörde, wie man dort die Ruine einordne, führte nach einer etwa einjährigen Bearbeitungszeit dazu, daß das Haus als Denkmal „gewürdigt“ wurde. Freilich mit der vorsorglichen Drohung, daß man mich zur Rechenschaft zöge, falls ich das Kulturgut beschädigen sollte. Die „Treuhand“, die das Objekt zu verkaufen hatte, benötigte nicht viel weniger Zeit, um die Akte im Dickicht ihrer Kompetenzen und Ablagen zu finden. Schließlich entdeckte man sie und mit dem Ausdruck des Mitleids verkaufte man uns die Ruine für eine Mark. Die Eintragung ins Grundbuch

konnte unsere Notarin in wenigen Wochen erledigen. Und auch sie wünschte uns alles Gute, nachdem sie unseren Hauserwerb auf einem Bild gesehen hatte.

Weil wir als Eigenleister agieren mußten, habe ich das Bauprojekt pflichtgemäß bei der Berufsgenossenschaft mit der Hoffnung angemeldet, daß damit die gebührenpflichtige Fürsorge staatlicher Institutionen abgeschlossen sei. Das war nicht ganz der Fall. Das Bauamt nahm staunend zur Kenntnis, daß wir es tatsächlich in Übereinstimmung mit dem Baugesetz unterlassen hatten, eine Baugenehmigung zu beantragen. Der Charakter des Vorhabens erlaubte uns auch, auf die Dienste eines Architekten zu verzichten. Außerdem hatten wir das Glück, bei der Finanzbehörde auf eine verständige Beamtin zu stoßen, die bei der Bearbeitung unseres Antrages auf Eigenheimzulage bereit war, nach Vorlage einer ausführliche Dokumentation anzuerkennen, daß der Aufwand dieser Altbau-Sanierung durchaus den eines Neubaus erreichen würde. Leider war die Sache doch mit einem systematischen Nachteil behaftet: Denn nur Firmenrechnungen schlagen als Bemessungsgrundlage zu Buche! Ungeachtet dessen ist das sachorientierte Verhalten der Dame als positive Ausnahme zu werten und soll hier gebührend anerkannt sein!

Die praktische Bautätigkeit begann Anfang 2000 mit der Beseitigung von Unrat und Bewuchs. Dann habe ich die Dachkonstruktion provisorisch gesichert und begehrbar gemacht, um die Restpfannen bergen und provisorisch wieder aufdecken zu können. Mit Blechen und Planen wurde die restliche Dachfläche geschlossen und die Ruine damit gegen weiteren Verfall gesichert. Es folgte das Ausfahren der etwa 30 Zentimeter starken Schicht aus Lehm, Holzresten und Unrat, die den gesamten Fußboden bedeckte. Der lose Lehminnenputz wurde abgeschlagen und ebenfalls ausgefahren. Die Reste des Essenkopfes mußte ich abtragen und neu aufmauern. Rauchfang und Schlot der Schwarzen Küchen wurden saniert. Alle Stürze im Hause waren auszuwechseln. Die Laibungen von Fenstern und Eingangstür wurden mit alten Backsteinen ergänzt oder neu aufgeführt. Ausbrüche an den Eckverbänden ebenso. Anschließend habe ich das Feldsteinmauerwerk außen und innen ergänzt und die Mauerkronen neu abgeglichen. Meine Frau verfugte das Außenmauerwerk mit Kalkmörtel. Damit war die Grundsicherung des Gebäudes abgeschlossen. Die Aufzählung der Arbeiten ließe sich bis zum Tag unseres Einzugs fortsetzen. Sie sind im Bautagebuch, das ich bis heute führe, dokumentiert. Noch sind nicht alle Detailarbeiten abgeschlossen, aber das Haus ist bereits zu einer vollwertigen Wohnung geworden. Die in Anspruch genommenen Fremdleistungen beschränkten sich auf die Errichtung eines neuen Dachstuhls, auf die Anfertigung hölzerner Verbundfenster, einer Eingangstür, auf die Installation einer Wärmepumpe und den Anschluß der Hausleitungen an die Versorgungsnetze. Das Verhältnis von Eigen- zu Fremdleistung ist mit etwa 80 zu 20 anzugeben. Diese ungewöhnliche Leistungsverteilung wurde durch die Bauweise des Hauses und die Art des verwendeten Materials möglich. Bis auf das Holz, konnten alle vorhandenen Materialien aufgearbeitet und wiederverwendet werden. Diesen Umstand haben wir zur Hauptgrundlage unserer Bauökonomie gemacht. Wenn das unmittelbar aus dem Bauwerk oder in seinem direkten Umfeld geborgene Material nicht ausreichte, um Fehlendes zu ergänzen, war das Benötigte meist kostenlos in der Region zu beschaffen. Feld-, Back- und Lehmsteine, Dachziegel,

Innentüren und auch Schlösser und Beschläge fanden sich in Abrissen oder im Schrott. Den Umgang mit dem Material und die Verarbeitungsmethoden habe ich ausprobiert und geübt, indem ich mich bemühte, Struktur und Optik der originalen Bereiche nachzuvollziehen. Der Aufmerksame Betrachter wird überall am Haus die Zeugen dieses Lernprozesses finden. Sein Ergebnis erreicht nicht ganz die Ästhetik der Vorbilder. Aber ich glaube, die Erbauer des Hauses wissen, daß der Respekt vor ihrer Arbeit allein nicht reicht, es ihnen qualitativ gleich zu tun. Immerhin haben wir ein historisches Gebäude rekonstruiert, das die regionaltypische Baustruktur zeigt. Dabei ist nicht bloß die äußere Hülle wieder hergestellt worden. Wesentliche Teile des ursprünglichen Innenausbaus wurden in das Instandsetzungs- und Nutzungskonzept einbezogen. Wo es möglich war, habe ich den Bau neuzeitlichen Wohnbedürfnissen angepaßt. Das Interieur entspricht dem Charakter des Hauses. Die Schwarze Küche, derentwegen das Haus Denkmalstatus erhielt, ist wieder originär ausgestattet, voll funktionstüchtig und wird gelegentlich auch benutzt.

Viele, die über Jahrzehnte das Haus mit Bedauern zur Ruine verfallen sahen, haben während meiner Bautätigkeit die Gelegenheit wahrgenommen, ihrem Erstaunen und ihrer Freude Ausdruck darüber zu geben, daß wir diese Aufgabe übernommen haben. Nach und nach begannen uns Nachbarn auch mit Dienstleistungen zu unterstützen, weil es offenbar auch sie freute, daß das alte Haus dem Ortsbild erhalten blieb. Ganz anders die Lokalpolitik, die offenbar kein Problem damit hatte, das Denkmal verfallen zu sehen. Auch nach seiner Rettung hat weder die erfreuliche Optik des wiedererstandenen Hauses, noch der Umstand, daß seine Rekonstruktion die lokalen Institutionen keinen Euro gekostet hat, einen Amtsinhaber interessiert. Im Gegenteil, der regionale Verwaltungsapparat überrascht immer wieder neu mit bürokratischen Unbeholfenheiten. Das kann nicht verwundern, wenn man bedenkt, daß dort Denkweisen üblich sind und Verhaltensweisen geübt werden, die genug Stoff bieten, um Räuberpistolen zu erzählen.

Karl Groß, Riesdorfer Straße 9a, 39291 Möckern/OT Riesdorf, Fon:
039225/63046,